

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dattelnbrück, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 200

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto —

Halver

Donnerstag, den 27. August

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungsführer im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“. —

1931

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichstanzler Brüning äußerte sich einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber eingehend über die politischen und wirtschaftlichen Aussichten für den kommenden Winter.

* Die Reichsregierung hat Richtlinien für die Durchführung der Sicherung der Ländereinkünfte aufgestellt.

* In Nürnberg begann die 70. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Was die Reichsregierung will.

Die Tagung der Zentrumsfraktion des Reichstages in Stuttgart ist von Reichstanzler Dr. Brüning dazu benutzt worden, seinen näheren politischen Freunden einen Rechenschaftsbericht über die Politik der von ihm geführten Reichsregierung vorzulegen. Die Verhandlungen des Zentrums fanden hinter streng verschlossenen Türen statt, und aus verschiedenen Kanälen hat die Öffentlichkeit erfahren, was Dr. Brüning den Zentrumsparlamentariern über die aktuellen Tagesfragen zu sagen hatte.

Die Zentrumsfraktion selbst hat einen kurzen offiziellen Bericht über die Stuttgarter Sitzung herausgegeben, in dem zunächst festgestellt wird, daß sich auf der Tagung volle Einmütigkeit ergab, „sowohl in der Auffassung der Sachlage wie auch der besonderen Aufgaben, die gelöst werden müssen, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden.“ Dr. Brüning wird hierbei wahrheitsgemäß die Maßnahmen skizziert haben, die zur Bekämpfung der Winternot vom Reich geplant werden, die aber leider noch immer im Schoße der Reichsregierung ruhen, obwohl auch die Öffentlichkeit das größte Interesse daran hat, diese Pläne so bald wie möglich kennenzulernen. So hat z. B. auch der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, der in Berlin tagte, in einer Entschließung die Auffassung vertreten, daß die Reichsregierung angesichts des ungeheuren Ernstes der Lage in kürzester Frist eine Klärung über die zur Behebung der Wirtschaftskrise und Finanznot erforderlichen Maßnahmen herbeiführen muß.

„Besondere Beachtung“, so heißt es in der offiziellen Zentrumserklärung weiter, „finden in der Debatte die Fragen, die mit den Reparationen zusammenhängen, sowie der Umfang und die Methoden der Sparmaßnahmen bei Ländern und Gemeinden und die Kürzung der hohen Pensionen.“ In der letzten Frage wird wohl von der Reichsregierung eine beschleunigte Aktion erwartet. Diese Kürzung der hohen Pensionen ist schon vor längerer Zeit vom Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald angekündigt worden. Sie hat bisher nicht in die Tat umgesetzt werden können, da zwischen Reichsarbeitsministerium und Reichsfinanzministerium Kompetenzstreitigkeiten über die weitere Verfolgung der Angelegenheit entstanden waren. Wie man hört, sollen diese Streitigkeiten jetzt behoben sein. Das Reichsfinanzministerium soll die Verhandlungen in letzter Zeit mit Erfolg stark vorwärtsgedrrieben haben, so daß mit einer baldigen Regelung dieser Frage zu rechnen ist.

Weit ausführlicher als der offizielle Sitzungsbericht sind die Nachrichten, die aus anderer Quelle fließen und von den Ausführungen des Reichstanzlers Kunde geben. Danach hat Dr. Brüning sich mit der Innen-, Außen- und Finanzpolitik beschäftigt. In der Innenpolitik wandte er sich gegen eine überstürzte Reichsreform, die im gegenwärtigen Augenblick nicht „abrupt“, d. h. plötzlich und unversehens, gelöst werden könnte. Diese Wendung war sicher als eine Verhütungsspielle für den bayerischen Ministerpräsidenten Held gedacht, der sich auf der traditionellen Jahresversammlung in Tübingen in sehr scharfer Weise gegen die letzten aufgetauchten Reformpläne, die zwischen dem Reich und Preußen durchgeführt werden sollten, ausgesprochen hatte.

Die Formen der Außenpolitik will Dr. Brüning modernisieren. Er will sie „elastischer“ gestalten. Er denkt hierbei sicher, die von ihm in letzter Zeit angewandte Methode der Auslandsreisen fortzusetzen, bei denen er Gelegenheit hatte, mit den maßgebenden Ministern der betreffenden Länder direkt zu verhandeln. Bei dieser neuen Art diplomatischer Verhandlungen wird sicher viel Zeit gewonnen; und sie dürfte auch gut geeignet sein, Mißverständnisse und Mißbilligkeiten aufzuklären, wenn den Herren Ministern daran wirklich gelegen ist.

Was die Finanzpolitik betrifft, so hat Dr. Brüning auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um nochmals dringend zur Sparsamkeit aufzurufen. Darüber hinaus aber kündigte er scharfe Maßnahmen gegen die Banken an, um ähnlichen katastrophalen Ereignissen vorzubeugen, wie sie sich aus dem Zusammenbruch des Nordwollkonzerns und den ihm folgenden, für die deutsche Wirtschaft verderblichen Auswirkungen gezeigt haben. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit aus Dr. Brünnings Mund, daß seit fünf Jahren bei dem Nordwollkonzern Verhältnisse geherrscht haben, von denen weder der Aufsichtsrat der Gesellschaft noch die deutschen Großbanken eine Ahnung hatten, und auch die Reichsregierung hat erst auf dem Umweg über England von den Mißständen bei der „Nordwolle“ erfahren. Um ähnlichen Wiederholungen einen Riegel vorzuschieben, will man die Vielzahl der Aufsichtsratsposten in einer Hand beseitigen. Man will hierdurch bewirken, daß der Aufsichtsrat sich mehr als bisher um seine Gesellschaft bekümmert und eine wirkliche Aufsicht ausübt und nicht nur am Ende des Geschäftsjahres seine Lantimen einstreicht.

An dem gleichen Tage, an dem der Reichstanzler in Stuttgart die nächsten Ziele seiner Politik umrissen hat, gab Englands Ministerpräsident Macdonald im Rundfunk vor seinen Landsleuten eine Rechtfertigung seines persönlichen und politischen Verhaltens. Am Schluß dieser

Der Reichskanzler über den kommenden Winter

„Der schwerste Winter seit 100 Jahren“.

Dr. Brünnings Befürchtungen und Hoffnungen.

Reichstanzler Dr. Brüning hat den Berliner Chefkorrespondenten der „United Press“ von Amerika empfangen und im Verlaufe einer längeren Unterredung eine Reihe von sehr bedeutsamen Erklärungen abgegeben. Das Interview, das soeben in Amerika veröffentlicht wurde, hat in der dortigen Öffentlichkeit größte Beachtung gefunden.

Dr. Brüning kam zunächst auf

die Weltwirtschaftskrise

zu sprechen und führte dazu aus, daß diese Krise sich nach seiner Ansicht nicht nur fortsetzen, sondern noch verschärfen wird. Den einzigen Ausweg erblickt der Kanzler in einer möglichst engen internationalen Zusammenarbeit, mit dem Ziel, das Abfallen der Preise aufzuhalten. Es ist unbedingt notwendig, daß es den wirtschaftlich geschwächten Ländern wieder ermöglicht wird, als Käufer aufzutreten. Vorbedingung dafür sind sowohl

Wirtschaftsfriede als politische Ruhe.

Ich bin überzeugt, daß diese Notwendigkeit verwirklicht werden kann, und Deutschland wird sein Möglichstes tun, um die Vorbedingungen dafür zu schaffen. Die Verminderung der Kaufkraft in Südamerika, China und Rußland macht sich überall bemerkbar. Deutschland, die Vereinigten Staaten und andere Länder haben unter der Beschränkung der Märkte sehr zu leiden. Gewiß ist die Lage in Rußland anders als in Lateinamerika, aber der Verlust des russischen Marktes hat der ganzen Welt Schaden zugefügt.

Zum Tributproblem

äußerte sich Dr. Brüning:

„Die Zukunft der Reparationen hängt von den Vereinigten Staaten ab. Es wäre unpraktisch, wenn wir uns unsere Ansicht nur vom rein deutschen Standpunkt aus bilden würden. Ich erwarte keine entscheidende Wendung, bevor das Bundesparlament in Washington im Dezember zusammengetreten ist.“

Von besonderer Wichtigkeit ist die Stellungnahme des Reichstanzlers zu dem von französischer Seite vorgeschlagenen

politischen Moratorium zwischen Frankreich und Deutschland.

„Diese Frage“, sagte Dr. Brüning, „gehört nicht zur gegenwärtigen internationalen Debatte. Wir müssen erst mit den anderen Mächten, und besonders mit Frankreich, eine Verständigung über konkrete Wirtschaftsfragen, in erster Linie über Zölle und internationale Kartelle, herbeiführen. Ich glaube, daß wir uns über diesen Punkt einigen werden.“

Der Reichstanzler gab dann seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man im Auslande der geplanten

Bollunion zwischen Österreich und Deutschland

eine politische Bedeutung beigemessen habe, die ihr nicht zukomme. Daher sei auch die Mutmaßung, daß Deutschland und Österreich sich von derartigen Beweggründen leiten lassen, abwegig. Dr. Brüning erklärte die Lösung der wichtigen internationalen Probleme in Verhandlungen zwischen den leitenden Staatsmännern unter den gegenwärtigen Umständen für aussichtsreicher als Verhandlungen

Rechtfertigungsrede richtete Macdonald einen Appell an das ganze englische Volk: Reich oder arm, beschäftigt oder unbeschäftigt, den Dingen ins Auge zu sehen, wie es das schon früher getan habe, entschlossen, der Schwierigkeiten, die das Land bedrohten, Herr zu werden. Auch Dr. Brüning hat ähnlich schon oft zum deutschen Volke gesprochen. Er wird diese Worte seines englischen Kollegen sicher unterstreichen und sie auch gern auf Deutschland angewandt wissen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Aufhebung der Ausreisegeldgebühr.

Die angekündigte Verordnung über die Aufhebung der Ausreisegeldgebühr ab 26. August ist nunmehr im Reichsgesetzblatt erschienen. Bereits entrichtete Gebühren werden hiernach nur erstattet, wenn die Grenze bis Ablauf des 25. August nicht überschritten worden ist. Ebenso ist die Notverordnung des Reichspräsidenten über die steuerliche Erfassung bisher nicht versteuerten Werte und über die Steueramnestie im gleichen Reichsgesetzblatt erschienen.

Keine Einberufung des Preussischen Landtages.

Der Ältestenrat des Preussischen Landtages ist bisher nicht einberufen worden. Der von den Nationalsozialisten unterstützte Antrag der Deutschen Nationalen auf sofortige Einberufung des Landtages ist von anderen Parteien nicht unterstützt und die erforderliche Mindestzahl von 90 Stimmen also nicht erreicht worden. Der mit anderer Begründung von den Kommunisten eingebrachte Antrag wird als besonderer Antrag angesehen, der bisher gleichfalls keine weitere Unterstützung erlangte. Mit der Einberufung des Landtages auf Grund dieser Anträge dürfte also nicht zu rechnen sein.

Österreich.

Österreichs Sparprogramm.

Die Folgen der Wirtschaftskrise in Form verminderter Steuereinkommen und verringerter Erträge der staat-

im Rahmen des Völkerbundes, jedoch könne der Völkerbund, wie er versicherte, auch auf diesem Gebiete einen beruhigenden Einfluß ausüben.

Die Frage des Danzerschiffes B

hält der Kanzler nicht für einen geeigneten Gegenstand internationaler Erörterungen. „Deutschland hält sich in seinem Bauprogramm“, bemerkte er, „streng an die Vertragsbestimmungen und erlegt langsam und allmählich seine veralteten Kriegsschiffe, die 25 oder 30 Jahre alt sind. Unsere Finanzlage gestattet uns nicht, für schnellen Ersatz Sorge zu tragen.“ Der Reichstanzler ging dann auf die Frage ein, wie er sich

die Lage im kommenden Winter

vorstelle und wie er die drohenden Schwierigkeiten zu bewältigen gedenke. „Für Deutschland und die ganze Welt“, äußerte er, „wird dieser Winter größere Schwierigkeiten mit sich bringen, als man sie seit einem Jahrhundert erlebt hat. Ich sehe indessen selbst einem solchen Winter nicht mit Pessimismus entgegen. Hinsichtlich Deutschlands bin ich sogar optimistisch, denn die deutsche Not, die sich aus der Abziehung ausländischen Kapitals und der Schließung der Banken ergab, hat gezeigt, welches Maß von Selbstbeherrschung das deutsche Volk besitzt, wenn es einmal die Notwendigkeit, kaltes Blut zu bewahren, erkannt hat. Unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwierigkeiten werden in weiteren Einsparnissen besonders bei den Finanzen der Einzelstaaten und Gemeinden und beim Ausgleich ihres Haushalts bestehen. Das Reichsbudget ist im allgemeinen in Ordnung. Trotz der jüngsten Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung sind diese Ausgaben infolge des Anwachsens der Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen. Vielleicht werden wir in Deutschland im nächsten Winter

sieben Millionen Arbeitslose

haben. Das steht jedoch noch nicht fest. Die Gesamtkurve zeigt nicht ein so steiles Emporsteigen wie im entsprechenden Zeitraum des vergangenen Jahres. Wenn diese Tendenz sich behauptet, dann könnte die Schätzung von sieben Millionen Arbeitslosen vielleicht doch zu hoch gegriffen sein.“

Der Kanzler kam dann auf die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme in Deutschland zu sprechen und wies die verschiedentlich aufgetauchte Behauptung zurück, daß das Reichskabinett

staatskapitalistische Reformen

plane. „Die bevorstehende Schaffung einer Reichsaufsicht über die Banken“, betonte Dr. Brüning, „darf nicht damit in Zusammenhang gebracht werden; sie ist vielmehr dazu bestimmt, die Wiederholung früherer Fehler zu verhüten und soll auch nicht weitergehen als die in den Vereinigten Staaten eingeführten Methoden der Bankaufsicht. Ebenso falsch wäre es, die Absichten der Regierung hinsichtlich der deutschen Kartelle auch nur entfernt mit dem Gedanken eines Staatskapitalismus in Verbindung zu bringen. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß wir entschlossen sind, eine Senkung der Kartellpreise in Deutschland im Winter herbeizuführen. Sollte es sich als notwendig erweisen, so ist die Regierung bereit, Kartelle aufzuheben.“

Zum Schluß der Unterredung gab Dr. Brüning seiner Überzeugung Ausdruck, daß man in Deutschland die Lage mit größerer Objektivität betrachten müsse. „Wir müssen uns“, bemerkte der Kanzler, „unserer Schwierigkeiten bewußt sein, aber wir dürfen sie nicht übertreiben. Jeder Deutsche an führender Stelle muß von Verantwortungsgefühl durchdrungen sein, wenn er die Probleme Deutschlands erörtert, und er sollte sie mit den Schwierigkeiten, die in anderen Ländern herrschen, vergleichen. Das ist bisher nicht immer geschehen.“

lichen Monopole sowie die Stützungsaktion für die österreichische Creditanstalt haben im ersten Halbjahr 1931 im österreichischen Staatshaushalt ein Defizit von 216,08 Millionen Schilling verursacht. Durch Sparmaßnahmen sind Vorjahren getroffen worden, von denen man eine Erleichterung der Budgetlage im zweiten Halbjahr erwartet.

Aus In- und Ausland

Kowno. In dem Prozeß gegen sieben Deutsche aus Birrkallen, die seinerzeit den Einzug des Pastors Wiemer in das Birrkallener Pastorat verhindert, wurde das Urteil gefällt. Alle Angeklagten sind wegen Aufstörung und tätlichen Vorgehens für schuldig befunden und verurteilt worden.

Deutscher Protest in Kanton überreicht.

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai übermittelte der deutsche Konsul in Kanton der Regierung einen Protest gegen den Vorkott deutscher Waren und verlangte sofortige Maßnahmen zur Aufhebung des Vorkotts. Die Antwort der Kantongregierung auf die deutsche Note wird voraussichtlich am Freitag erfolgen.

In Kanton selbst ist man mit dem Vorkott unzufrieden. Es soll ein Ausschuß gebildet werden, der die Beschuldigungen gegen Deutschland nachprüfen soll.

Sachsen zahlt nur ein Drittel der Gehälter.

Die sächsische Staatsregierung wird die Gehälter für ihre Beamten am 1. September nur zu einem Drittel bezahlen. Die letzten beiden Drittel sollen in Zwischenräumen von je zehn Tagen gezahlt werden.

Telegrammwechsel Brüning—Macdonald.

Reichstanzler Brüning hat dem Ministerpräsidenten Macdonald anläßlich der Bildung der nationalen Regierung folgendes Telegramm gesandt: Nehmen Sie bitte meine besten Wünsche für einen vollen Erfolg der großen und äußerst wichtigen Aufgabe entgegen, der Sie sich im Interesse Ihres großen Landes unterziehen. — Macdonald hat, wie folgt geantwortet: Ich erkenne die freundliche Übermittlung Ihrer guten Wünsche sehr hoch an und bitte Sie, meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen. gez. Ramsay Macdonald.

„Ein gewaltfamer Umsturz nicht zu befürchten!“

Eine Erklärung des Reichsinnenministers.

Auf dem parlamentarischen Abend des Zentrums in Stuttgart ergriff u. a. der württembergische Justizminister Dr. Beyerle das Wort, der für die Erhaltung der staatlichen Selbstständigkeit Württembergs eintrat. In diese Ausführungen knüpfte Reichsinnenminister Dr. Wirth an. Er erklärte, mit der Reichsreform stehe es zurzeit nicht so schlimm, wie man vielfach höre. Es sei ein Märchen, ja eine Legende zur politischen Verheerung, zu sagen, daß er mit dem Artikel 48 der Verfassung den Ländern den Garau machen wolle. Die Reichsreform sei nur in einer ruhigen Atmosphäre möglich.

Ein gewaltfamer Umsturz sei im Winter nicht zu befürchten; denn die Regierung sei stark genug, eine Revolution niederzuschlagen. Nicht eine Sekunde dürfe gezögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebe, dem werde sie niedergeschlagen werden. Die Regierung werde sich nicht überlassen lassen. Er sage das mit aller Bestimmtheit, nachdem er mit Baden und Württemberg darüber gesprochen habe und auch das Einverständnis Preußens besitze.

Lehrer in Stadt und Land.

Herabsetzung der Volksschullehrergehälter in Preußen?

Vom preussischen Lehrerverein wird mitgeteilt: Wie von einigen Berliner Blättern berichtet wurde, sollen zurzeit im preussischen Staatsministerium Pläne erwogen werden, die auf eine Herabsetzung der Volksschullehrergehälter hinauslaufen. Wenn man auch nach unseren Ermittlungen von den ursprünglichen Plänen wieder abgekommen ist, so gibt es noch immer einflussreiche Leute, denen

die Gehälter der Volksschullehrer zu hoch

sind. Man geht dabei offenbar davon aus, daß die Volksschullehrer im Jahre 1920 erheblich stärker als die übrigen Beamten aufgebessert worden seien. Dabei wird aber übersehen, daß die gewiß erhebliche Aufbesserung damals fast lediglich den Landlehrern zugute gekommen ist, die bis dahin in gehaltlicher Beziehung geradezu sträflich vernachlässigt worden waren. Die Lehrer in den großen Städten haben im Jahre 1920 kaum eine Erhöhung ihrer Bezüge erfahren, und bei der letzten Beförderungssreform im Jahre 1927 sind die Lehrer lediglich im Rahmen der übrigen Beamtenbesoldung aufgebessert worden. An der 1920 nach langen Kämpfen erfolgten

Gleichstellung der Lehrer

in Stadt und Land muß aber unbedingt festgehalten werden. Wir glauben zu wissen, daß der preussische Unterrichtsminister einem Plan, der sich ausschließlich gegen die Lehrer richtet, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und an seiner Durchführung auf keinen Fall mitwirken würde. Wir hoffen, daß auch alle die Kreise, die die Bedeutung der Schule für den Staat zu würdigen wissen, gegen einen solchen Plan scharfen Einspruch erheben werden.

Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Die Lage der Landwirtschaft.

Ueber den Verlauf der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Mittwoch gibt nach Berliner Meldungen die deutschnationale Pressestelle folgenden Bericht aus:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion beendigte am Mittwoch ihre Sitzung mit einem Ueberblick des Parteivorstehenden Dr. Hugenberg über die politischen Ereignisse der letzten Zeit und über die von der Partei und Fraktion ins Auge zu fassenden Maßnahmen. Nach einer eingehenden Aussprache hörte die Fraktion Referate der Abgeordneten Stubbendorf über aktuelle Agrarfragen, Dr. Widen über Pläne um die Hauszinssteuer und Dr. Quack über die Betriebe der öffentlichen Hand. Zur Lage der Landwirtschaft wurde festgestellt, daß trotz aller Verheißungen der Reichsregierung nicht die geringsten Anzeichen erkennbar sind, daß sich die Lage der Landwirtschaft unter dem Regiment Brüning-Dietrich-Schiele bessern werde. Insbesondere wurde weiter mit Entrüstung festgestellt, daß neben den weit unter Selbstkosten liegenden Preisen für Getreide, Kartoffeln, Holz und dergl. jeder ernsthaftes Verzicht zur Rettung der Kleinwirtschaft und der Siedler durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft zu vermissen ist. Während die Regierung durch die verschiedenen Notverordnungen die Lage einzelner Erwerbszweige zu beeinflussen gesucht habe, bleibe die Landwirtschaft außerstande ihren Verpflichtungen gegen Gläubiger und landwirtschaftliche Arbeiter nachzukommen. Es sei nur der Disziplin der Landwirte zu verdanken, daß die agrarfeindlichen auf völlige Zerstörung des Getreidemarktes zielenden Forderungen der Preußentasse und der von ihr abhängigen Stellen (Abdeckung der Wechsel in der Zeit der besonderen Krise und der Ernte) nicht zum Ziele geführt haben. Die durch Handhabung der Devisennotverordnung gegebenen Möglichkeiten zur Verhinderung unnötiger Einfuhr agrarischer Erzeugnisse seien ungenutzt gelassen worden. Weiter wurde betont, daß die Regierung Brüning-Schiele mit der Erhöhung der Zucksteuer eine schädliche Belastung des deutschen Konsums und zugleich einer wichtigen deutschen Produktion vorgenommen habe. In bezug auf die allgemeine Wirtschaftslage wurde der deutschen Landwirtschaft dringend empfohlen, ihre bisherige Reserve beizubehalten und sich durch die jegliche künstlich erzeugte und offenbar nur vorübergehende Entspannung der Wirtschaftslage nicht von der klaren Erkenntnis abbringen zu lassen, daß es um ihre Zukunft und um Deutschland willen notwendig ist, daß die Landwirtschaft auch im kommenden Frühjahr noch ausreichende Erntevorräte an den Verbrauch abzugeben in der Lage ist.“

Unbefugtes Uniformtragen.

In letzter Zeit sind wiederholt Fälle vorgekommen, daß namentlich jugendliche Personen eine der Uniform der Reichsmarine zum Verwechseln ähnlich sehende Uniform in der Öffentlichkeit getragen haben. Der preussische Minister des Innern ersucht in einem Rundschreiben die Polizeibehörden, gegen den Mißbrauch der Marineuniform, wie überhaupt gegen jedes unbefugte Tragen von Uniformstücken, namentlich durch Mitglieder politischer Verbände, in jedem Fall unnachlässiglich einzuschreiten, zumal das Verhalten solcher Personen in den meisten Fällen das Ansehen der Reichsmarine schwer geschädigt hat. Die polizeilichen Ermittlungen und Vernehmungen sind zur Vermeidung einer Verjährung der Strafverfolgung möglichst schnell und ohne jeden Verzug zu erledigen.

Haager Urteil am 2. September?

Wie die „Telegraphen-Union“ aus Berlin erfährt, wird das Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes über das deutsch-österreichische Zollabkommen voraussichtlich am Mittwoch, dem 2. September, veröffentlicht werden, so daß das Ergebnis noch in den Beratungen des Völkerbundes

vor der Vollversammlung besprochen werden kann. Im Interesse einer schnellen Veröffentlichung dürfte man auf die sonst bei Urteilen vor der Veröffentlichung übliche Drucklegung verzichten.

Das Vertrauen der Auslandsdeutschen

Rundgebung der deutschen Volksgruppen in Europa.

Der Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa hat zum Abschluß seiner Schandauer Tagung nachstehende Rundgebung beschlossen: „Der im Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa zusammengeflorenen Millionen Auslandsdeutscher erleben in tiefer Anteilnahme das Ringen des deutschen Volkes in Deutschland und Österreich um seinen Lebensbestand wie ihre eigenen Sorgen. Niemals ist das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Deutschen ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit lebendiger empfunden worden, als in diesen Wochen. Unerfütterlich ist unser Glaube an die unvergängliche Lebenskraft des deutschen Volkes und unser Vertrauen zu seiner Zukunft.“

Was will Polen?

Moskau findet den Poltorschlag undeutlich.

Der polnische Poltorschlag soll nach russischer Auffassung keinen Anhaltspunkt für die Möglichkeit einer Einrentung der Beziehungen zwischen Warschau und Moskau enthalten.

In Moskau wird erklärt, daß der polnische Vorschlag so undeutlich gehalten sei, daß ergänzende Angaben erbeten werden müßten. Die Sowjetregierung legt besonderen Wert darauf, daß in den kommenden Verhandlungen die Randstaatenfrage und die Frage der Garantierung der Westgrenzen völlig ausgeschlossen werden.

Die Gesandten Lettlands, Estlands und Litauens besuchten das Außenministerium und interessierten sich für die russische Stellungnahme zum polnischen Poltorschlag. Auch der italienische Vorkämpfer Attolico hatte mit Litwinow eine Unterredung über die Verhandlungen in Paris und Warschau. In Polen glaubt man übrigens, daß der neue englische Außenminister Lord Reading der Behandlung der Minderheitenfrage in Genf kein so großes Gewicht beilegen wird, wie das von Sonderperson allgemein befürchtet wurde, der sich insbesondere für die Polen unerwünschte Erörterung der ukrainischen Eingabe über die Pazifizierung Ostgaliziens statt einflehte.

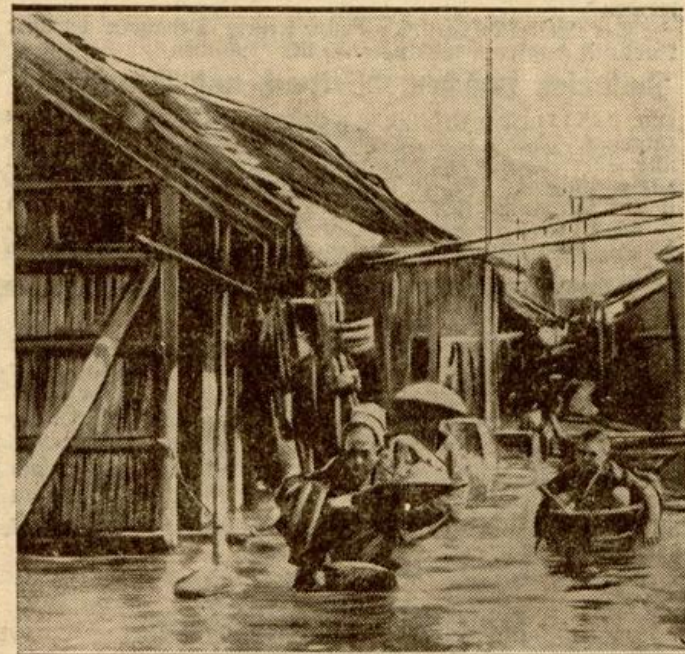
Bekämpfung der englischen Nationalregierung.

Eine Erklärung der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei

Vor der gemeinsamen Sitzung des Generalrates der Gewerkschaften mit dem Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei, die nach Londoner Meldungen über vier Stunden lang tagte, wurde eine offizielle Erklärung herausgegeben, die besagt, daß die drei Organisationen ein stimmig der Ansicht seien, daß die Nationalregierung sowohl im Parlament, wie durch die Arbeiterbewegung im ganzen Lande auf das entschiedenste zu bekämpfen sei. Die Organisationen drückten demjenigen arbeiterteilischen Ministern, die sich geweigert hätten ihre Unterstützung der neuen Regierung zu geben ihre volle Zustimmung aus und empfahlen der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei, sich als offizielle parlamentarische Opposition zu konstituieren.

Auf der Versammlung waren sechs Minister des alten Kabinetts, nämlich Henderson, Greenwood, Alexander und Clynes anwesend, während MacDonald, Snowden und Thomas ihr selbstverständliches fern geblieben waren. Es heißt, daß die Entscheidung über einen möglichen Ausschluß dieser Minister aus der Arbeiterpartei auf dem Gewerkschaftskongreß am 7. September in Bristol entschieden werden wird.

Die genannten Organisationen werden sich jedem Angriff auf eine Abänderung der bestehenden Gesetzgebung hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung auf das entschiedenste widersetzen. Man rechnet damit, daß auf der Vollversammlung der parlamentarischen Arbeiterpartei die Führer für den bevorstehenden Oppositionsfeldzug ernannt werden.



Das erste Bild von der Überschwemmung in China, die weite Länderstrecken verwüstet und viele tausend Menschen in den Tod gerissen hat. Die Katastrophe brach so schnell herein, daß 23 Millionen Chinesen ihre Wohnstätten — wie auch in unseremilde erschüttert — fluchtartig verlassen mußten.

Das englische Sparprogramm.

Kürzung der Gehälter und der Arbeitslosenunterstützung.

Nach dem englischen Arbeiterblatt „Daily Herald“ befinden sich unter den Sparmaßnahmen, die von der neuen Nationalregierung aufgestellt werden, folgende Einzelheiten: Eine zehnprozentige Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie MacDonald in seiner Rundfunkrede erwähnte. Dadurch sollen 260 Millionen Mark eingespart werden. Erhöhung des Wochenbeitrages zur Arbeitslosenversicherung. Der Wochenbeitrag eines Arbeiters beläuft sich danach von jetzt ab auf einen Schilling, anstatt bisher sieben Pence. Eine noch näher festzusetzende Gehaltskürzung für die Lehrer. 156 Millionen Mark Einsparungen im Straßenbaufonds. Kürzung der Ministergehälter über 100 000 Mark jährlich um 20 Prozent und der Gehälter zwischen 20 000 und 40 000 Mark um 7½ Prozent. Herabsetzung der Abgeordnetengehälter von 8000 auf 7600 Mark. Kürzung der Gehälter der Zivilbeamten von 20 Prozent für die höchsten Gehälter, nach unten gestaffelt. Kürzung im Sold und in den Gehältern der

Armee, Marine und des Fliegerkorps. Diese Einsparungen würden etwa 180 Millionen Mark ausmachen. Einsparungen beim Gesundheitsministerium in Höhe von 35 Millionen Mark und beim Landwirtschaftsministerium in Höhe von 25 Millionen Mark.

Gesunde Staatsfinanzen, neue Steuern.

Snowden über die Finanzen Englands.

Schatzkanzler Snowden erklärt zur englischen Finanzlage. England habe große Hilfsquellen und alles, was benötigt werde zur Wiederherstellung des ausländischen Vertrauens, sei der Nachweis, daß England seine Staatsfinanzen auf eine gesunde Grundlage stelle. Das schließe nicht nur Einschränkung auf der Ausgaben Seite ein, sondern auch neue Steuern. Die neue Regierung sei gebildet worden, um sich eben dieser besonderen Aufgabe zu entledigen, die der Welt zeigen werde, daß es der nationale Wille sei, das zu erzielen, was Großbritannien sowohl in finanzieller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus erreichen könne.

Lokales und Provinzielles

Salver, den 27. August 1931.

Jetzt ist es Zeit zur Ofeninsandsetzung.

Noch freuen wir uns der Sommertage, und unser treuer Kamerad, der Stubenofen, träumt ungenutzt in seiner Ecke. Aber nach dem Sommer kommt der Herbst, und eines Tages stellt man fest, daß man leider schon wieder einheizen muß. Meist zu spät denkt man daran, daß der Ofen instandgesetzt werden mußte. Wieder beginnt der Ärger darüber, daß der Ofen nicht zieht, nicht heizt, raucht usw. Wer sich diesen Ärger ersparen will, denke daran, daß es jetzt Zeit ist, den Ofen instandsetzen zu lassen. Die Züge müssen von Rußansammlungen befreit werden, schadhafte Roste sind auszubessern oder durch neue zu ersetzen, fehlende Ausmauerung muß nachgeholt und schadhafte wieder in Ordnung gebracht werden. Schlecht schließende Ofentüren sind zu reparieren. Ferner ist darauf zu achten, daß ein genügend großes Eisenblech vor dem Ofen angebracht ist, damit die aus dem Ofen herausfallenden glühenden Kohlen den Holzfußboden nicht in Brand setzen können.

Daß diese Arbeiten jetzt vorgenommen werden, ist schon aus dem Grunde wichtig, damit das zum Ausmauern verwendete Material bis zum Eintritt der Heizperiode gut abtrocknet und trocknet. Wer seinen Ofen so behandelt, hat große Vorteile, die die kleine Gelbstaube zehnfach aufwiegen, nämlich: 1. der Ofen braucht weniger Feuerungsmaterial, 2. er heizt besser, 3. die Gefahr von Ofenexplosionen, Rauchbelästigung und dadurch eintretende Verschmutzung der Stubeneinrichtung ist gebannt. Im übrigen können durch diese Vorkehrungsmaßnahmen zahlreiche Brände vermieden werden. Trage jeder dazu bei, daß unser Volksvermögen durch vermeidbare Brandschäden nicht unnötig geschwächt wird.

Wieder steigen die Drachen.

Daß sich der Sommer langsam zum Abschied rüstet, sehen wir täglich an neuen Zeichen. Mehr und mehr leeren sich die Felder und aus allen Gärten leuchten die satten Farben der Spätlinge unter den Blumen.

Wenn es erst einmal soweit ist, dann ist es auch für unsere Jungen an der Zeit, die Kreisel und Reifen in die Ecke zu packen und aus Bästeln zu geben, damit sie ja pünktlich, wie jedes Jahr, seit man denken kann, mit ihren lustvollen Drachen bei der Hand sind. Ein paar Reifeln nur, ein wenig buntes Papier brauchen sie ja für dies Spiel, das sie alle zu ihren schönsten Spielen zählen. Mit ein paar Nägeln das Ganze zusammenhalten, mit ein paar Schnüren die Enden verbinden, mit ein wenig Kleister die papiernen Tragfläche darübergelebt — fertig ist der bunte Papiervogel und es heißt nur noch, die Mutter zur Herausgabe eines nicht zu knappen Knäuels Schnur zu bewegen, dann kann's an den Probefahrt gehen. Vor den sachmännisch-fröhlichen Widen der Freunde geht das große Ereignis vorstatten. Wird er auch steigen, wird er gut in der Luft liegen? Erwartungsvoll blickt vor allem der glückliche Besitzer dem aufsteigenden Papiervogel nach. Geht alles, wie es soll, so ist man in seinem kleinen Reich der Held des Tages — wird es ein Fehlschlag, schießt der Drache aus Mangel an „innerem Gleichgewicht“, wieder zu Boden, kaum daß er sich in die Luft erhoben hatte, wieder dem Erdboden zu, so muß man freilich Hohn und Spott der anderen erdulden, und groß ist dann der Schmerz über die enttäuschte Hoffnung. War die Arbeit gut und sauber, so ist freilich der Erfolg gewiß und schnell entrollt sich die Schnur und immer höher steigt der Drache, bis er ganz klein und fein am blauen Himmel steht.

Es geht ein seltsamer Zauber aus von diesem leichten Erwas aus Holz und Papier — ein Zauber, dem auch wir Großen uns niemals ganz entziehen können. Selbst in diesen Tagen der Zeppeline und Flugzeuge noch, selbst heute bleiben wir gern einmal stehen, blicken den schwebenden papiernen Vögeln nach, lassen uns wieder von diesem Zauber einfangen und sinnend den glücklichen Zeiten nach, da wir selbst noch hinauszogen zum „Drachenschießen“.

* **Änderung im Expressgutverkehr.** Die bisherige Tarifbestimmung der Deutschen Reichsbahn, daß auf eine Nachnahme-Expressgutkarte nur ein Stück Expressgut aufgegeben werden darf, ist dahin erweitert worden, daß vom 1. August an bis zu fünf Stück auf eine Nachnahmekarte aufgegeben werden dürfen.

* **In den Kreisen Brilon, Unna, Lippstadt, Soest, Arnsberg und Siegen** sind in den letzten Wochen **Erkrankungsfälle an akuter epidemischer Kinderlähmung** in größerer Zahl vorgekommen, desgl. in den angrenzenden Kreisen des Regierungsbezirks Minden. Es wird darauf hingewiesen, daß Anzeigepflicht besteht für jeden Erkrankungsfall und jeden Todesfall an epidemischer Kinderlähmung gemäß § 1 zu dem Gesetze betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 (G. S. S. 373). Eine gemeinverständliche Belehrung über die epidemische Kinderlähmung bietet eine Veröffentlichung der Verlagsbuchhandlung von Richard Schay-Verlin S. 28. 48.

* **D. Dr. Wolff, Präses der rheinischen Provinzial-Synode gestorben.** In der Nacht vom 25. zum 26. August starb plötzlich der Präses der rheinischen Provinzialsynode Superintendent D. Dr. Wolff in Aachen im 61. Lebensjahre. Am 9. Dezember 1870 wurde er in Neuwert bei München-Gladbach geboren. Nach bestandener Reifeprüfung studierte er Theologie auf den Universitäten Greifswald, Halle und Marburg. Im Anschluß hieran besuchte er das Predigerseminar zu Soest und wurde nach bestandenen zweiten Examen als Pfarrer nach Odenrath gewählt. Diese Pfarrstelle verwaltete er bis zum Frühjahr 1901, als ihn die Gemeinde Aachen an die Christuskirche berief. Im März 1919 wurde der Heimgegangene anstelle des nur kurze Zeit amtierenden Präses Müller-Düren zum Leiter der rheinischen Provinzialsynode gewählt. 1923 wählte ihn die Synode Aachen zu ihrem Superintendenten. Die kirchliche Neuordnung der Nachkriegszeit fand Präses D. Dr. Wolff an leitender Stelle. Von seiner Konstituierung an gehörte er als stellvertretender Vorsitzende dem Kirchenrat der preussischen Landeskirche an. Ebenso war er stellvertretender Vorsitzende in der preussischen General-Synode und im deutsch-evangelischen Kirchentag. Schließlich war Präses D. Dr. Wolff auch Mitglied des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses. Was dem Heimgegangenen eine führende Stellung nicht nur in der rheinischen, sondern in der gesamten preussischen Landeskirche, ja weit über deren Grenzen hinaus, verschaffte, war nicht nur die schier unver-

Die Verwertung der Kartoffelernte.

Besonnen und ruhig disponieren.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. e. h. Schiele eine Besprechung über die Lage auf dem Kartoffelmarkt und die zu ergreifenden Maßnahmen statt, an der zahlreiche Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Kartoffelverarbeitenden Industrien teilnahmen. Einleitend führte der Reichsernährungsminister Dr. Schiele etwa folgendes aus:

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten und Ernteschätzungen müsse damit gerechnet werden, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre mindestens ebenso groß ausfallen werde wie im vergangenen. Die Tatsache, daß es im vorigen Jahr gelungen sei, diese gewaltigen Mengen zu bewältigen, sollte auch in diesem Jahr jeden Landwirt veranlassen, bei der Verwertung der Kartoffelernte ruhig zu disponieren und die nötige Besonnenheit zu bewahren. Für Speisewecke würden etwa 12—13 Millionen Tonnen benötigt werden. Eine Ausweitung des Kartoffelverbrauchs an dieser Stelle werde kaum möglich sein, es sei jedoch beabsichtigt, durch baldige Einführung von Handelsklassen für Kartoffeln eine geordnete Beschickung des Speisefartermarktes zu erleichtern. Den Saatgutbedarf müsse man nach seiner Auffassung mit etwa 6—6½ Millionen Tonnen und den Abgang durch Fäulnis usw. im Hinblick auf das feuchte Wetter in den letzten Wochen auf etwa 3 Millionen Tonnen beziffern. Hauptaufgabe der staatlichen Maßnahmen sei es, das Kartoffelverarbeitende Gewerbe möglichst aufnahmefähig zu machen. Um eine Entlastung des Branntweinmonopols von seinen übergroßen Beständen herbeizuführen, sei es erforderlich, den Spiritusabnahmezwang entsprechend zu erhöhen. Dadurch werde ein angemessenes Brennrecht und die Unterbringung von 2 Millionen Tonnen Kartoffeln in den Brennereien ermöglicht. Dem Kartoffeltrocknungsgewerbe beabsichtige er durch eine möglichst umfangreiche Verwertung der Flocken in Verbindung mit den Gerstebeguttscheinen erweiterten Absatz zu sichern. Nicht zuletzt müsse auch das Kartoffelstärkegewerbe, das etwa 700 000—800 000 Tonnen Kartoffeln aufnehme, stärker herangezogen werden. Es stünden neue Wege zur Erörterung, um vermehrten Absatz für Kartoffelstärke zu schaffen. Der Landwirtschaft müßten auch dadurch Mittel zur Vergütung der Ernte zugeführt werden, daß der Beginn der Kampagnen der verarbeitenden Gewerbe beschleunigt werde. Zu diesem Zwecke und um die Leistungsfähigkeit der Kartoffelverarbeitenden Industrie zu erhöhen, werde er sich für eine ausreichende Finanzierung einsetzen.

Nach alledem blieben für die Verfütterung noch etwa 20 Millionen Tonnen übrig. Die Verfütterung dieser Mengen sei bereits im vorigen Jahre ohne größere Schwierigkeiten gelungen. In diesem Jahre müsse aber mit einem größeren Bedarf an Futterkartoffeln gerechnet werden, da der Schweinebestand um drei Millionen Stück größer sei, und dieser Mehrbestand zwangsläufig zu einem Kartoffelmehrverbrauch von etwa zwei Millionen Tonnen führen werde. Vor allen Dingen komme es aber darauf an, daß die Landwirtschaft von der Einfäuerung in noch größerem Umfang als im Vorjahre Gebrauch mache. Zur Herstellung von Einfäuerungsgruben ständen im Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Mittel für Beihilfen zur Verfügung.

Nachdem die Vertreter der einzelnen Kartoffelverarbeitenden Gewerbe ausführlich die Lage und die Wünsche ihrer Industrien dargelegt hatten, stellte der Minister abschließend die Zustimmung der Gewerbe zu seinen Vorschlägen fest und kündigte an, möglichst noch im Laufe dieser Woche die Einzelheiten in internen Verhandlungen mit den einzelnen Gewerken bzw. mit den zuständigen Ressorts endgültig klären zu wollen.

Der Katholikentag in Nürnberg.

In Nürnberg begann die 70. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Der erste Tag war einer großangelegten Kundgebung gewidmet.

Der Erzbischof von Bamberg, D. Jacobus von Hauck, weihte eine großangelegte Missions-Paramenten-Ausstellung ein. Die katholischen Schulkinder von Nürnberg versammelten sich auf der Insel Schütt. Nach einleitenden Musikvorträgen der Nürnberger Reichwehrtapelle schilderte der japanische Missionspater P. Mita Ogihara seine Tätigkeit in der Heidenmission und die Verhältnisse im Fernen Osten. Nach einer feierlichen Messe schlossen einige Gesänge und Musikvorträge die von Tausenden von Kindern und Erwachsenen besuchte Feier ab. Kurz nachher tagte die Missionsvereinigung der katholischen Frauen und Jungfrauen im Marienhorzinger. Anschließend fand in der Elisabethkirche eine Feierstunde der katholischen Missionsvereine statt, die mit einer Andacht und Missionspredigt verbunden war.

Die große Elternkundgebung steht unter der Leitung des früheren Reichskanzlers Dr. Marx. Der Donnerstag, der durch zahlreiche interne Versammlungen, in denen Fragen des Priesterstandes behandelt werden, ein besonderes Gepräge erhält, wird abgeschlossen durch ein Festkonzert, in dem zu Ehren des 700jährigen Gedächtnisses der Heiligen Elisabeth das berühmte Oratorium „Die Legende der Heiligen Elisabeth“ von Franz Liszt aufgeführt wird. Es finden bis zum Sonntag große öffentliche Versammlungen statt, in denen sich die Führer des katholischen Deutschland über die brennenden Zeitfragen in Wirtschaft, Kultur und Politik äußern werden.

Einheitsfront der Gastwirte.

Die Not des Gaststättengewerbes.

In Bremen wurde die 26. Reichstagung des Bundes der Saal- und Konzertsalinhhaber in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder aus allen Gauen des Reiches durch den Präsidenten des Bundes, Stadtrat Rodel-Magdeburg, eröffnet. Präsident Rodel legte die

Forderungen des Gaststättengewerbes

an die Regierung dar. Er forderte ein umfassendes Wirtschaftsprogramm, Abbau des Verwaltungsapparates, Abbau der Betätigung der öffentlichen Hand, sowie Neuordnung des Tarifwesens und Beseitigung der betriebshemmenden Sonderbesteuerung des Gewerbes. Der Präsident des deutschen Gaststättengewerbeverbandes, Röster, WdN., begrüßte besonders die in der Delegiertentagung beschlossene

Arbeitsgemeinschaft des Bundes mit dem deutschen Gastwirtverband.

Auch der Präsident des Bundes der Kaffeehausbesitzer, Hürmeier, hieß diesen Schritt willkommen. Die Tagung hörte sodann ein Referat des Vorsitzenden der Reichsdelegation der deutschen Wirtschaftspartei, Mollath, über das Thema: „Wege aus dem Chaos“. Die Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschließung, in der es u. a. heißt: Der Bund bekämpft sich zu allen Maßnahmen, die notwendig erscheinen, um das Wirtschaftsleben einer Wiedergeburt entgegenzuführen. Er verkennt nicht, daß

tiefgreifende Eingriffe und Härten

dabei kaum zu vermeiden sind. Die Grenze solcher Maßnahmen, insbesondere steuerlicher Art, ist da gegeben, wo ein Mehr

Die Sicherung der Haushalte

Ermächtigung und Abhängigkeit.

Der Druck des Reiches auf die Sparfamkeit der Länder.

Die große Bedeutung der Notverordnung des Reichspräsidenten „zur Sicherung der Haushalte“ in Ländern und Gemeinden wird durch neue Erklärungen von amtlicher Seite unterstrichen. Das Reichsfinanzministerium hat ein Rundschreiben ausgearbeitet, das den Ländern voraussichtlich am Sonnabend zugehen wird. Dieses Rundschreiben enthält Empfehlungen für die Durchführung der Notverordnung.

Das Reich behält sich insofern eine Art Überwachung vor, als es von der Anwendung der jetzigen Notverordnung durch Länder und Gemeinden seine künftige Stellungnahme zu besonderen finanziellen Wünschen der Länder und Gemeinden abhängig machen will. Derartige Wünsche werden beispielsweise hinsichtlich der Wohlfahrtslasten erwartet.

Das Reich will mit seiner Hilfe nur dort einsehen, wo die Etats der Länder und Gemeinden unter Wahrnehmung der neu geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten in Ordnung gebracht werden. An sich wird die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden gewahrt. Im einzelnen hat das Reich mit der Notverordnung sicher nicht die Absicht verfolgt, unbedingt eine einheitliche Regelung aller Gehälter im gesamten Reichsgebiet durchzuführen. Das Reich hat ein Interesse lediglich an der

Zurückführung übersteigerter Gehälter.

Derartige Erscheinungen, die unter dem Stichwort der „Zwangsläufigkeit“ in den letzten Jahren um sich gegriffen haben, sollen beseitigt werden. Die Wirkung kann also eine ganz verschiedene Regelung der Gehälter werden, teilweise können die Gehälter auch unter das Reichsniveau hinuntergesetzt werden. Die Anwendung ist nicht für Tarifverträge, sondern für Einzelverträge geplant.

Für die Tarifverträge

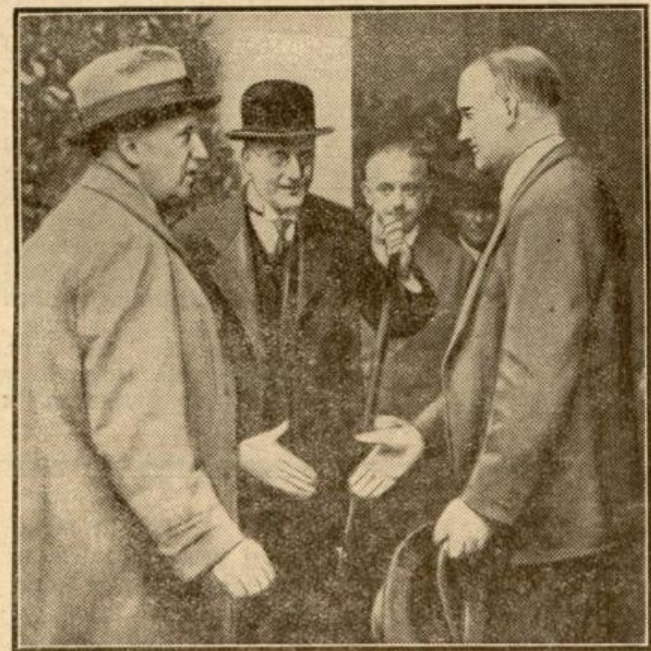
wird den Ländern und Gemeinden der Weg der Vereinbarung empfohlen. Wohl aber gibt die Verordnung die Handhabe, auch in die gesetzlich festgelegten Besoldungsordnungen einzugreifen. Des weiteren wird gedacht an die Herabsetzung der Gehälter in Gesellschaften, deren Einnahmen und Ausgaben den Etat der Länder und Gemeinden beeinflussen, indem entweder höhere Überschüsse oder geringere Zuschüsse herbeigeführt werden.

Zu den gleichzeitig mit der Verordnung aufgetauchten verfassungsrechtlichen Zweifelsfragen nimmt die nachstehende Auslassung des Reichsinnenministeriums Stellung:

„Bei Ausübung der ihm auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse ist der Reichspräsident an die normale verfassungsmäßige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Reich und Ländern nicht gebunden. Er vereinigt also auf Grund des Artikels 48 die Zuständigkeit sowohl des einfachen Reichsgesetzgebers wie auch des Landesgesetzgebers in sich. Soweit es hiernach Maßnahmen trifft, die sonst zur Zuständigkeit des Landesgesetzgebers gehören, gehen sie abweichenden Bestimmungen des Landesrechtes vor.“

Artikel 48 verlangt nicht, daß der Reichspräsident alle einzelnen Maßnahmen, die er zur Wiederherstellung der gestörten oder gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung für nötig hält, selbst trifft. Es ist vielmehr anerkanntes Recht, daß dem Artikel 48 Genüge getan ist, wenn der Reichs-

der Belastung zum Erliegen der Betriebe führen würde. Das ist auch, wie von behördlicher Seite zugegeben wird, beim Gaststättengewerbe ganz überwiegend bereits heute der Fall.



Der Chef der Heeresleitung und der Chef der Reichsregierung in Wilbad. Bei der Rückreise von der Tagung der Zentrumsfraktion des Reichstages in Stuttgart besuchte Reichskanzler Dr. Brüning (Mitte) das schöne Schwarzwaldbad Wilbad und wurde dort vom Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord (rechts) begrüßt.

Sturm und Regen.

Schwere Ernteschäden im Rosenheimer Bezirk. Nach Meldungen aus Rosenheim droht ein großer Teil der Ernte im dortigen Bezirk infolge des wochenlang anhaltenden Regenwetters buchstäblich zu verfaulen. Das Getreide fällt an den Halmen. Der Weizen ist teilweise bereits verkauft. Die Gerste ist längst überständig, und ein Fehlschlag wird auch die Kartoffel- und Roggenenernte werden. Weite Gebiete im Rosenheimer Bezirk stehen unter Wasser.

Nach den schweren Schäden, die der Bezirk schon durch die Hagelschläge in diesem Jahre erlitten hat, verursachen die Regenschäden eine geradezu katastrophale Notlage. Auch aus der Gegend von Dachau werden schwere Schäden gemeldet. Was noch nicht abgeerntet ist, geht zugrunde. Unter den Bauern herrscht große Sorge angesichts des kommenden Winters.

Unwettertschäden am Mittelrhein.

Über dem Mittelrheingebiet, über dem Westerwald und über dem Lahntal ging ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der schweren Schaden anrichtete. Die Züge auf der Strecke Koblenz-Bingen erlitten zum Teil erhebliche Verspätungen. Auch die Straßenbahn mußte längere Zeit den Verkehr einstellen. In Vallendar wurden an mehreren Stellen die Straßen aufgerissen. In Stromberg (Sonsrüd) kam eine mächtige Schutthalde in der Nähe einer Blechfabrik ins Rutschen und drückte eine Wand des Fabrikgebäudes ein. Das Dach, der Schornstein und mehrere Mauern stürzten nach. Viele Maschinen und fertige Waren wurden vernichtet.

präsident die Richtung der von ihm zur nötig erachten Maßnahmen in bestimmter Weise umgrenzt und zu ihrer Durchführung im einzelnen eine andere Stelle ermächtigt.“

*

Was die Länder vom Reich erwarten.

Um die Senkung der Personalkosten.

In einer Besprechung von Vertretern des mecklenburgischen Beamtenbundes mit dem Finanzminister Haack legte dieser die erste Finanzlage Mecklenburg-Schwerins dar, und wies auf die schwierige Kassenlage hin, die jedoch nicht ungünstiger sei als in den übrigen Ländern, z. B. auch in Bayern und im Reich. Nachdem in den letzten Jahren in Mecklenburg die sachlichen Ausgaben ganz außerordentlich und jüngst noch brutal gekürzt worden seien, bliebe nur noch die Senkung der Personalkosten übrig. Der Minister wies auf den Beschluß der Oldenburger Konferenz hin, bei dem Reichskanzler vorstellig zu werden und um Hilfe des Reichs anzugehen. Er bezweifelte allerdings, daß eine Hilfe des Reiches möglich sei. In diesem Falle bliebe noch seiner Auffassung nichts weiter übrig, als in Mecklenburg an eine weitere Gehaltskürzung heranzugehen. Beschlüsse und Maßnahmen irgendwelcher Art seien bisher noch nicht getroffen worden, könne aber sagen, daß die weiteren Beschlüsse der mecklenburgischen Regierung allein von dem Ergebnis der Besprechungen mit dem Reichskanzler abhingen.

*

Der Mittelstand und die Notverordnungen.

Eine Kundgebung der Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei veranstaltete in Berlin eine Kundgebung, auf der Landtagsabgeordneter Menck sprach. Der Redner kritisierte die Verschwendungssucht auf sozialpolitischem Gebiet und wandte sich gegen Trübs, Syndikate, gemeinnützige Baugesellschaften, die dauernd am Zusammenbruch seien, und bezifferte die Verschuldung der preussischen Städte mit 640 Millionen. Er wandte sich ferner gegen die Stützungsaktion der Reichsregierung

gegenüber Großbanken,

während der Mittelstand und der einfache Mann nicht einmal selbst über ihr Guthaben verfügen konnten.

Auf Kosten des Mittelstandes

sei die bisherige ganze Notverordnungspraxis gegangen. Der Redner bedauerte, daß kein Mittelhändler als Kontrollperson für die Banken ernannt worden sei. Weiter wandte sich der Vortragende gegen die überflüssige Gesetzesmacherei und die übertriebene Vetrennungssucht des Staates gegenüber dem Einzelwesen. Der Sozialismus habe sich zum übelsten Bureaucratismus ausgewachsen. Der Mittelstand habe als Schöpfer der deutschen Familie und als Schöpfer der deutschen Größe ein Anrecht darauf, eine Macht zu werden. Der Mittelstand müsse zur Säule der Kommunen, des Staates und des Reiches werden.

Schwere Unwetter im Taunus.

Im Taunus wütete ein schweres Unwetter mit wolkenbruchartigem Regen, der die Straßen der Dörfer in kleine Seen verwandelte. Die Eisenbahnstrecke Lorschach-Hofheim wurde überflutet und teils verschlammt, so daß der Fahrbetrieb einige Zeit nur eingeleitet aufrechterhalten werden konnte. Auch die Bahnstrecke zwischen Nassau und Dausenau war mehrere Stunden überflutet.

Sturmverheerungen in Frankreich.

Aus den verschiedensten Gegenden Frankreichs wird infolge des Unwetters und der heftigen Niederschläge zunehmende Überschwemmungsgefahr gemeldet. Mehrere Flüsse sind bereits aus den Ufern getreten und haben die Niederungen unter Wasser gesetzt.

Die Zahl der Todesopfer des Sturmes an der französischen Westküste ist nach den letzten Nachrichten auf insgesamt 17 angewachsen. Auch im Kanal war der Sturm so heftig, daß der große Ozeandampfer „Empress of Britain“ den Hafen von Cherbourg nicht erreichen konnte, sondern direkten Kurs auf Southampton nehmen mußte.

Berwickungen um den Olympiafonds.

Der Bankentrach Rüdiger und Lang in München.

Der Verlust, den die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik durch den Zusammenbruch des Münchener Bankhauses Rüdiger und Lang erleidet, scheint nach den neuesten Berichten nicht so groß zu sein, wie man anfänglich angenommen hatte. Es handelt sich bloß um eine Einlage von 60 000 Mark, die zwar zum Teil verloren zu sein scheinen, aber keineswegs um den Olympiafonds. Der Olympiafonds wird vom Reichsausschuß für Leibesübungen verwaltet. Dieser hat in beklagenswerter Weise noch nicht so viel Geld eingenommen. Die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik wird übrigens die noch vorgesehenen drei Länderkämpfe gegen England, die Schweiz und Frankreich programmgemäß abwickeln können. Der Direktor des Bankhauses Rüdiger und Lang, Dr. Franz Paul Lang, der Vorsitzender der DSB, ist, hat sein Amt niedergelegt. Die DSB wird zurzeit von dem geschäftsführenden Vorsitzenden, Ritter von Galt, geführt.

Die DSB. hoffe, daß es möglich sein werde, mindestens die Hälfte der Gelder wieder hereinzubekommen, wenn es gelinge, die Liquidation des Bankhauses Rüdiger u. Lang langsam und vorsichtig durchzuführen, so daß es nicht zur Verschleuderung von Immobilien und Aktienbesitz kommen würde. Die 160 000 Mark, die durch den Geschäftsführer Häfner der DSB. vertreten werden, verteilen sich auf insgesamt elf Privatfunden. Darunter befindet sich auch das gesamte Privatvermögen des Geschäftsführers. Insgesamt sind in den 160 000 Mark 95 000 Mark Privatgeld enthalten, 60 000 Mark Geld der DSB. und 5000 Mark Münchener Sportgeld, das sich auf fünf Münchener Sportvereine verteilt.

Spitzenleistungen und Abschwierigkeiten.

Schwankungen der Milchlieferung an die Molkereien.

Eine Schwierigkeit, mit der sehr viele Molkereien zu kämpfen haben, ist die im Laufe des Jahres stark schwankende Milchlieferung. Da die Betriebe darauf eingerichtet sein müssen, auch die nur kurze Zeit währende Spitzenleistung voll aufzunehmen und zu verarbeiten, sind sie gezwungen, über Einrich-

wirtschaftliche Arbeitskraft und seine Beschlagenheit auf den verschiedensten, theologischen namentlich kirchenpolitischen Gebieten der Gegenwart, sondern die vor allem überragende geistige Bedeutung und Trefflichkeit seines Urteils, mit der er die schwierigsten Fragen meisterte. Es ist kein Wunder, daß sein Wort mehr als einmal ausschlaggebend geworden ist in den Stunden ernster Entscheidung, welche die preussische Kirche in der Nachkriegszeit erlebte. Sowohl bei der Tagesneuordnung als auch bei den Konfessionsverhandlungen war Präses D. Wolff eine der tragendsten Persönlichkeiten. Die juristische Fakultät der Universität Berlin hatte ihn auch darum gerade vor kurzem zu ihrem juristischen Ehrendoktor ernannt.

Halver

—0 Polizeiliches. Gefunden: Eine Hornbrille. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—1 Strandbad Herpine. Der Arbeitsausschuß zur Errichtung eines Strandbades in der Herpine ladet für Samstag abend zu einer öffentlichen Versammlung in den Saal des Hauses zur Fuhr ein. Wegen Wichtigkeit des Beratungsgegenstandes ist eine allseitige Teilnahme erforderlich. (Siehe Inserat.)

Schalksmühle

—0 Polizeiliches. Gefunden: 1 Einkaufsnetz. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungs-Geschäftsstelle Schalksmühle geltend zu machen.

—2 Motorrad fährt in eine Gruppe junger Leute. Am Steinbruch in Hammerhaus fuhr ein Motorradfahrer von Halberstadt bei Schalksmühle, der sein Rad nicht beleuchtet hatte, abends in eine Schar junger Leute, wobei ein Mädel aus der Klagebach durch den Anprall auf die Straße geschleudert wurde und ernstliche Arm- und Beinverletzungen davontrug. Die Verletzte mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Weiter wurde einem jungen Mann durch den Zusammenstoß sein guter Anzug zerrissen. Andere kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Unfälle, in der Dunkelheit ohne Licht zu fahren, dürfte hier ihre gerechte Strafe empfangen. Die polizeilichen Untersuchungen sind bereits eingeleitet.

—3 Dahlebrück. Vermißt wird seit dem 1. 8. 31 der verheiratete Erwerbslose Karl Hildebrandt, wohnhaft zu Dweströmen. H. hat am 1. 8. seine Unterfertigung am Gemeindebüro in Empfang genommen und ist dann nicht wieder nach Hause zurückgekehrt. Er war bekleidet mit einem dunkelgrauen Anzug, trägt braunen Hut, schwarze Schuhe mit Ledergamaschen, hat dunkelblondes Haar, starken Schnurrbart, blaße Gesichtsfarbe, abgezerrt und ist ca. 1,68 bis 1,70 m groß. Sein Gang ist gebeugt und schwerfällig. Er hatte ferner eine Taschenuhr und eine Brieftasche mit einigen Papieren bei sich. H. soll angeblich am 4. 8. zuletzt in Priorei gesehen worden sein. Zweckdienliche Angaben wolle man bitte bei der Polizeibehörde machen.

—4 Dahlebrück. Wo ist der Ueberfahrene geblieben? Ein höchst seltsamer Verkehrsunfall ereignete sich Ende voriger Woche nachts in der Straßengasse oberhalb der Erfrischungshalle von Fritz Gebhardt. Ein Motorradfahrer war Zeuge eines Unfalls. Er sah, wie eine männliche Person auf der Volmestraße von einem heranrauschenden Personenkraftwagen überfahren wurde und regungslos auf der Straße liegen blieb. Der Kraftwagenführer steuerte seinen Wagen in Richtung Hagen, ohne sich um den Ueberfahrenen zu kümmern. Der Motorradfahrer stoppte und versuchte, sich mit dem Verletzten zu verständigen, erhielt aber keine Antwort von dem regungslos am Boden liegenden. Er verständigte sofort die Polizei und fuhr mit seinem Rad dem Personenkraftwagen nach, den er in Hagen einholte und von der Polizei beschlagnahmten ließ. Doch das Rätsel, wo der Ueberfahrene geblieben ist, konnte bisher leider noch nicht gelöst werden. Als nämlich die Polizei kurz nach dem Vorfall am Tatort erschien, war der Ueberfahrene nirgends mehr aufzufinden. Man fand nur noch die Blutlache vor. Alle Nachforschungen sind bisher leider ergebnislos verlaufen, obwohl die Polizei große Anstrengungen gemacht hat. Allerlei Gerüchte sind laut geworden, die aber alle nicht zum Ziele geführt haben. Die Polizei ist weiter bemüht, Klarheit in diese dunkle Sache zu bringen.

Kierspe

—5 Völkme. Der B. f. V. Völkme ist seit einiger Zeit damit beschäftigt, den nach langen Verhandlungen erhaltenen Turn- und Sportplatz in einen brauchbaren Zustand zu versetzen. Hierzu war vor allem eine Verlegung des Zubehörs notwendig, weil derselbe das Gelände für den Sportplatz durchschnitten. Die umfangreichen Arbeiten für die Verlegung des Baches an die äußerste Grenze des Platzes haben gute Fortschritte gemacht. Der Bach ist bereits in das neue Bett geleitet worden. Es ist deshalb umso bedauerlicher, als jetzt die Arbeiten eingestellt werden müssen, da die Gemeinde weitere Mittel nicht zu Verfügung stellen kann. In einigen Wochen würde auch die Einweihung des Platzes durchgeführt worden sein. In Turnkreisen bedauert man dieses natürlich sehr. Man trägt sich jetzt mit dem Gedanken, durch freiwilligen Arbeitsdienst die restlichen Arbeiten zu Ende zu führen.

Kierspe-Bhf.

—6 Mit der Beseitigung eines Uebelstandes ist man z. Bt. am hiesigen Bahnhofsgelände beschäftigt. Die Ueberdachung des früheren Zuganges zur Sperre hatte man auch nach Umbau des Bahnhofsgeländes in dem alten Zustande gelassen. Da aber die Ueberdachung bis an das Gebäude reichte, verursachte dieselbe eine erhebliche Verdunkelung der Wartehäuser und sonstigen Räumlichkeiten. Diesem Uebelstand hilft man nun dadurch ab, daß man die Ueberdachung mit zwei großen Glasfenstern versieht.

—7 Nummenohl. Bei der Postagentur in Nummenohl (Ennepe-Ruhr-Kreis) sind die Schalter fortan an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 8½ bis 9½ Uhr geöffnet.

—8 Hagen. Schaufensterhebe eingeworfen und Pelzmantel gestohlen. In der vergangenen Nacht wurde durch Steinwurf eine große Schaufensterhebe des Pelzwarengeschäftes Wolff in der Elberfelder Straße eingeworfen. Dabei wurde ein Damen-Mantelpelzmantel gestohlen. Der Mantel war gefüttert mit grauem Crepe-de-chine-Futter, in den Ecken des Futters befanden sich gestickte Blumen; ebenfalls befindet sich in dem Futter der Name der Firma Wolff. Der Mantel hat einen Wert von 325 Mark. Täter unbekannt.

Die Verschlechterung des Mark-Sauerland Fahrplanes?

Dem Vernehmen nach beabsichtigt Mark-Sauerland auf der Strecke Kierspe-Halver-Hagen eine Einschränkung eintreten zu lassen. Der letzte Wagen (Hagen ab 23 Uhr, Breckerfeld 23.42 Uhr, Halver 0.05 Uhr, Kierspe an 0.33 Uhr) soll nur noch drei mal in der Woche verkehren, und zwar in der Mittwoch-, Samstag- und Sonntag-Nacht. Bei allen denen, die diese Kunde vernahmen, wird sich eine nicht geringe Enttäuschung bemerkbar machen. Gewiß besteht die Tatsache, daß der Wagen nicht immer besetzt ist, eine Erscheinung, die auf das Konto der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zurück zu führen ist. Aber man muß mit Recht fürchten, daß bei dem in der beabsichtigten Weise eingeschränkten Verkehr der erhoffte Erfolg ausbleiben wird. Es mag sein, daß diejenigen, die vielleicht einmal zu gelegentlichen Besorgungen nach Hagen fahren, sich nach dem neuen Fahrplan richten werden. Denken wir aber an die Reisenden, die über Hagen hinaus fahren, und die bisher die Möglichkeit hatten, des abends den Wagen von Hagen zu benutzen, so kann man uns nicht glauben machen, daß diese ihren Reiseplan nun so einrichten können, daß sie an den von Mark-Sauerland bestimmten Tagen reisen. Oder aber diejenigen, die alle oder fast alle Tage diesen Wagen benutzen haben, werden natürlich nicht Mark-Sauerland zuliebe den Wagen an den gegebenen Tagen benutzen und während der übrigen Tage anderweitigen Rat schaffen. Man wird daher mit Recht vermuten können, daß diese nur dreimaligen Fahrten sich überhaupt nicht rentieren werden, und man könnte glauben, daß der bisherige Fahrplan sich in wirtschaftlicher Beziehung doch noch günstiger stellen würde. Letzten Endes muß man aber doch auch von Mark-Sauerland gewisse moralische Pflichten erwarten. Bei der Monopol-Stellung, die diese Gesellschaft einnimmt, sollte man auch den Wünschen des Publikums einigermaßen Rechnung tragen. Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß keine großen Ueberschüsse bleiben, doch bei welchem Wirtschafts-Unternehmen ist in der heutigen Zeit eine genügende Rentabilität gesichert? Mark-Sauerland ist doch ein gemeinnütziges Unternehmen, und wenn einmal eine Strecke nicht den erhofften Gewinn bringt, so ist bei anderen Strecken wieder ein Ausgleich gegeben. Zuguterlekt ist doch auch noch zu berücksichtigen, daß wir aus dem Sommer heraus gehen. Im Herbst kann man doch ohnehin mit einer regeren Benutzung sämtlicher Linien rechnen. Wir hoffen, daß die Verkehrsvereine von Halver und Kierspe sich mit Mark-Sauerland in Verbindung setzen werden, damit der Fahrplan in der bisherigen Fassung bestehen bleibt.

Aus der Nachbarschaft.

Wipperfürth. Einbruch in eine Kirche. Im benachbarten Wipperfürth statteten Einbrecher in der vergangenen Nacht der Pfarrkirche einen Besuch ab. Sie verschafften sich mit Brecheisen Zugang zur Sakristei und versuchten, das Tabernakel zu öffnen, was ihnen aber mißlang. Dagegen nahmen sie ein altes, geschichtlich wertvolles Tabernakel mit, das in der Sakristei stand und das sie vergeblich an Ort und Stelle zu öffnen versuchten. Es wurde heute morgen von Kirchgängern in einem Steinbruch entdeckt und gefunden. Außerdem fielen den Dieben ein wertvolles Reliquiar und ein Gefäß mit geweihtem Del in die Hände. Von den Einbrechern, die nach Lage der Dinge mit den Verhältnissen gut vertraut gewesen sein müssen, fehlt noch jede Spur.

Siegen. Durch Blitzschlag verlegt. Im Hof Maustal (Siegerland) wurde ein 17-jähriger junger Mann vom Blitz getroffen, als er im elterlichen Hause mit dem Anstreichen eines Kaminfensters beschäftigt war. Er erlitt Brandwunden am ganzen Körper. Die Kleidung hing ihm verjengt und in Fetzen am Körper herab. Sein 15-jähriger Bruder, der neben ihm stand, wurde von dem Blitz zu Boden geschleudert und verlegt. Beide kamen in das Siegerer Marienhospital wo der Ältere nach vierundzwanzig Stunden die Beseitigung noch nicht wiedererlangt hatte. In dem Hause der Verunglückten hatte der Blitz gleichzeitig gezündet, doch konnte das Feuer schnell gelöscht werden.

Uelzen. Eine Mardergeschichte. Ein tierfreundlicher Einwohner von Ebstorf nahm sich eines trant und hilflos am Weg liegenden jungen Steinmarders an und pflegte ihn gesund. Mit inner ihm zur Gesellschaft beigegebenen Kaze spielte er bald ausgelassen in einem großen Käfig — bis eines nachts der n dem kleinen Räuber schlummernde Freiheitsdrang jah erwachte und er das Weite suchte. Nach längerer Zeit entdeckte man zufällig den Flüchtling unter dem Fußboden eines Nachbarhauses. Auf die Lobreise seines Lebensretters kam er hervor und ließ sich ohne Widerstreben in sein altes Domizil bringen.

Bramstedt. Vom Hühnerhabicht angegriffen. Hier wurde unterwegs ein Radfahrer von einem starken Hühnerhabicht angegriffen. Vermutlich glaubte sich der Raubvogel in Gefahr und stieß mit großer Wucht auf den Radfahrer herab, der sich nur mit Mühe des Angreifers erwehren konnte. Schließlich mußte der junge Mann vom Rad steigen und mit einem schweren Stein dem Angreifer zu Leibe gehen und ihm dann, als er am Boden lag, mit einem Knüttel vollends den Garaus machen. Der Habicht hatte eine Flügelspannung von reichlich einem Meter und war ein ungewöhnlich starkes Exemplar.

Emden. Milch auf der Straße. Auf der Straße von Aurich nach Emden ereignete sich ein Unglücksfall. Ein dort verkehrender Autobus stieß mit einem Milchwagen zusammen, wobei der Milchwagen schwer beschädigt wurde. Etwa drei Hektoliter Milch flossen auf die Straße.

Wilhelmshaven. Der Revolver in Kinderhand. Ein Knabe hantierte am hiesigen Flughafen mit einem Revolver, wobei er einen 13-jährigen Spielkameraden ansoß. Der Knabe erhielt einen Stedtschuß in den Kopf. In der elterlichen Wohnung wurde eine Haus-suchung abgehalten, wobei noch Munition für die Waffe vorgefunden wurde. Diese selbst hat das Kind angeblich in den Kanal geworfen.

Braunschweig. Belohnter Lebensretter. Das braunschweigische Staatsministerium hatte beschlossen, dem Polizeiwachmeister Hermann Helme für das bei der Errettung des Hausmädchens Ella Hage vom Tode des Ertrinkens bewiesene entschlossene und mutige Auftreten seine besondere Anerkennung auszusprechen. Dem mutigen Beamten wurde durch den Kommandeur der Schutzpolizei, Oberstleutnant Selle, in Gegenwart einer Beamtenabordnung sämtlicher Schutzpolizeidienstgruppen eine Anerkennungsurkunde überreicht.

Hannover. Schweres Fahrstuhlunglück. Bei einer Firma in der Ferdinandstraße ereignete sich ein schweres Fahrstuhlunglück. Auf der Fahrt vom ersten Stock zum Keller riß das Seil des Fahrstuhles. Ein Lagermeister wurde sehr erheblich verletzt, ein Arbeiter erlitt leichtere Verletzungen, während der dritte Mitfahrende mit dem Schrecken davonkam. Da der Fahrstuhl erst vor einigen Wochen von der zuständigen Stelle geprüft und für in Ordnung befunden war, kann es sich nur um einen Fehler im Seil handeln.

Hernhagen. Schadenfeuer. Auf dem Anwesen des Hofbesizers Br. in Hernhagen brach Schadenfeuer aus. Der Brand war im Wirtschaftsgebäude ausgebrochen und bedrohte die benachbarten Gebäude. Es gelang den Feuerwehren, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Das Wirtschaftsgebäude wurde vernichtet. Auch die gesamte Ernte fiel den Flammen zum Opfer. Vieh und Inventar konnten gerettet werden.

Hausberge. Todliches Motorradunglück. In der Nähe von Meisen stürzte der Motorradfahrer Nölmeier, der mit seinem Schwager, dem Musiker-Untersoffizier Ohlendorf, auf einem Motorrad fuhr. Ohlendorf zog sich einen doppelten Schädelbruch zu, wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Die Schuld an dem Sturz soll Nölmeier tragen, da er ohne Beleuchtung fuhr. Er erlitt einen Armbruch. Schon vor dem Sturz hatte er zwei Passanten umgefahren und verletzt.

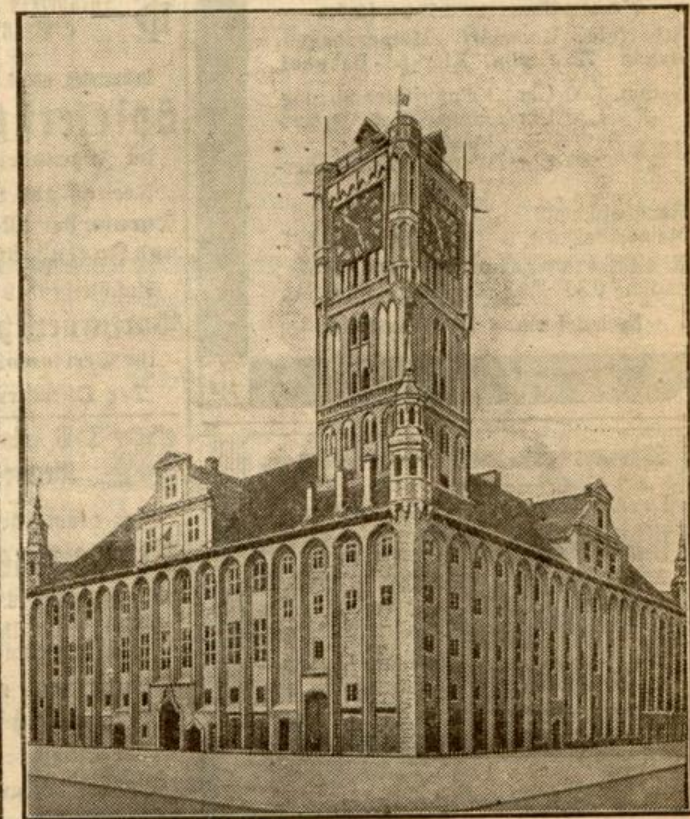
Ottersberg. Rühre halten einen Schnellzug an. Eine Anzahl Rühre war in der Nähe des Bahnhofes Ottersberg aus ihrer Weide ausgebrochen und gelangte auf den Bahnkörper der Bahnstrecke Bremen-Hamburg. Bald darauf brauste der fahrplanmäßige Schnellzug heran. Der Lokomotivführer erkannte das Hindernis rechtzeitig und konnte den Zug kurz vor den Tieren zum Halten bringen. Erst als die Tiere von den Gleisen gebracht worden waren, konnte der Schnellzug mit Verspätung seine Fahrt fortsetzen.

Schwanewede (Kr. Blumenthal). Wohnhaus und Scheune eingestürzt. In der Scheune des Landwirts Wailand am Berberg brach Feuer aus. In der eingelagerten Ernte fanden die Flammen reichliche Nahrung. Die Flammen sprangen bald darauf auch auf das danebenstehende Wohnhaus über, das ebenfalls vollkommen eingestürzt wurde. Ein Teil des Inventars konnte in Sicherheit gebracht werden. Mitverbrannt ist außer den Korn- und Heuvorräten auch ein Teil der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen.

Meßlingen. Schadenfeuer. Das an der Chau-see Meßlingen-Begholm gelegene Wohnhaus des Landwirts Weßling, das von dem Arbeiter Kolkmann bewohnt war, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Bei dem mit Stroh bedeckten Haus griff das Feuer so schnell um sich, daß beim Eintreffen der Feuerwehr das Gebäude schon verloren war. Das Mobiliar konnte von den Bewohnern des Hauses und von den Nachbarn gerettet werden.

Thorner Rathaus droht Einsturzgefahr.

Im Nordostflügel des Thorner Rathauses machen sich starke Risse bemerkbar, so daß ein Einsturz befürchtet wird. Wie die Untersuchung ergeben hat, sind die Risse auf Arbeiten zurückzuführen, die in den Kellerräumen des genannten Flügels vorgenommen wurden. Diese Kellerräume wurden im Juni an eine polnische Schauspielergilde vermietet. Den Schauspielern erschienen die Kellerräume zu niedrig, und unter der Bauleitung eines Hauptmannes ließ man eigenmächtig den Keller ausklopfen und um 30 Zentimeter tiefer legen. Dadurch wurden die Granitpfeiler gelockert. Die zunächst auftretenden kleineren Risse haben sich jetzt derartig vergrößert, daß der Nordostflügel einzustürzen droht.



Das Thurner Rathaus auf dem Markt der Altstadt ist eines der eindrucksvollsten Bauwerke des Ordenslandes. In seiner jetzigen Gestalt ist es ein Werk des holländischen Antony van Obbergen aus dem Anfang des zwölften Jahrhunderts. Der Wachturm des Rathauses stammt aus dem Jahre 1259.

Die Stadt Thorn, 1231 durch den Deutschritterorden begründet, erblühte bald zur vielgerühmten Königin der Wälsche, um später — unter polnischer Oberhoheit — von ihrer einstigen Höhe zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Die durch den Wiener Kongreß 1815 herbeigeführte Wiedervereinigung mit Preußen bedeutete den Anfang einer neuen Blütezeit, die allerdings mit dem Verlust der schönen alten kerndeutschen Stadt an Polen ihr vorläufiges Ende fand.

Kommerzienrat Wilhelm Risker-Bielefeld †.

Im Alter von 75 Jahren verstarb in Bielefeld Kommerzienrat Wilhelm Risker, der Seniorchef der Bielefelder Leinen- und Tischzeug-Fabrik A. W. Risker. Der Verstorbenen trat im Jahre 1880 mit Georg Risker zusammen in die von seinem Vater gegründete Firma ein. Beide stellten das Unternehmen durch den Bau einer mechanischen Weberei in Risfe und zwei Jahrzehnte später durch die Einrichtung eines mechanischen Betriebes in Mettinghüffen auf eine den modernen Ansprüchen entsprechende Basis und wurden damit führend in der gesamten deutschen Leinenweberei. Wilhelm Risker hatte sich seit etwa 20 Jahren von jeder geschäftlichen Tätigkeit zurückgezogen.

Professor Dr. h. c. Tacke 70 Jahre alt.

Ein Förderer der deutschen Moorkultur.

Die deutsche Landwirtschaft und namentlich die an der Moorkultur interessierten Kreise gedenken in diesen Tagen des Mannes, dem die deutschen Moorkulturen höchste Förderung sowohl praktisch als auch in wissenschaftlicher Beziehung danken. Es ist dies der Leiter der Preussischen Moor-Versuchs-Station in Bremen, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. h. c. Tacke, der jetzt 70 Jahre alt wird. Im Jahre 1891 schon übernahm Prof. Dr. Tacke die Leitung der Versuchs-Station, nachdem er zwei Jahre zuvor nach Bremen gerufen worden war. In mehr als vierzigjähriger Tätigkeit leistete der Jubilar auf seinem Posten eine weit über die Bedeutung der Anstalt für die Volkswirtschaft wertvolle Arbeit, die sich nicht damit begnügte, die Grundlage der deutschen Moorkulturen in ihrer heutigen Gestalt auszubauen und nutzbar zu machen, sondern darüber hinaus ihren Niederschlag in einer umfangreichen wissenschaftlichen Betätigung auf ihrem Spezialgebiet fand. Am 1. Oktober 1929 trat Prof. Dr. Tacke in den Ruhestand. Die Landwirtschaftliche Hochschule in Bonn verlieh dem Jubilar im Jahre 1928 die Ehrendoktorwürde.

Blutiger Streit nach einem Gottesdienst.

Ein Toter, 17 Verletzte.

In einem Kirchhof bei Krakau kam es nach einem Abschiedsgottesdienst zu einem blutigen Streit zwischen den Bewohnern zweier Dörfer. Während des Streites gaben einige Arbeiter mehrere Revolverkugeln in die Menge ab. Eine Person wurde auf der Stelle getötet, 17 andere trugen Verletzungen davon. Unter den Schwerverletzten ringen zwei mit dem Tode.

Das Blut flagt an.

Der Name des Täters mit Blutschrift angegeben.

Aus Reisse wird gemeldet: Der 21 Jahre alte Reisende Frei überfiel in der Nähe von Schwettersheide (Kreis Grottau) den ihn begleitenden Kaufmann Karl Schwarz aus Falkenau und steckte ihn durch zwei Revolverkugeln nieder. Schwarz wurde schwer verletzt und liegt in bewußtlosem Zustand im Reisser Krankenhaus. Frei schloß sich dem Kaufmann Schwarz, für den er als Reisender tätig war, mehrere hundert Mark. Da der Kaufmann auf Rückzahlung drängte, fuhren beide mit dem Fahrrad nach Reisse zu einem Rechtsanwalt, um sich über die Schuldentilgung zu einigen. Auf dem Rückweg führte Frei den ortsunkundigen Kaufmann auf einen abseitsliegenden Waldweg und schloß ihn nieder. Ein Arbeiter eilte auf die Hilferufe des Getroffenen hinzu und fand Schwarz im Blut liegend vor.

Neben dem Verletzten lag eine Zeitung, auf der Schwarz mit seinem eigenen Blut den Namen des Täters deutlich lesbar niedergeschrieben hatte. Frei konnte noch nicht gefaßt werden.

Ueberfall auf Nationalsozialisten in Hamburg.

Zwei Schwerverletzte.

Nach einer Meldung aus Hamburg wurde die Wohnung eines Nationalsozialisten am Schadowweg während seiner Abwesenheit von Kommunisten gestürmt und demoliert. Als der Nationalsozialist sich später mit einigen SA-Leuten auf dem Heimwege befand, wurden sie plötzlich von Kommunisten überfallen und beschossen. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Schuß schwer verletzt, während ein anderer auch durch einen Messerstich in den Kopf lebensgefährlich verletzt wurde. Ein SA-Mann wird noch vermisst. Es liegt die Vermutung nahe, daß er im Schwerverletzten Zustand in den Kanal geworfen sei. Die Polizei teilt hierzu auf Anfrage folgendes mit:

Am Rumpsweg entstand eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei ein Nationalsozialist durch Messerstich und Schläge verletzt wurde. In der Steinbekerstraße-Ecke Schadowweg wurde ein Trupp Kommunisten, die mit Knütteln bewaffnet waren, aufgelöst. Später wurde ein kommunistischer Verführer in der Wendenstraße überholt, wo Schlagwerkzeuge wie Stuhlbeine usw. sichergestellt wurden.

Schlupfdienst.

Vermischte Nachrichten vom 26. August.

Freiwilliger Gehaltsverzicht.

Berlin. Die Mitglieder des Berliner Magistrats und die Vorsitzenden der Bezirksämter haben sich bereit erklärt, über die Bestimmungen der Notverordnungen hinausgehend, während der Dauer der Wirtschaftskrise auf insgesamt 20 Prozent ihres Gehalts zu verzichten.

200 Schafe verbrannt.

Stettin. Auf dem Gut Schillersdorf, Kreis Randow, brach Feuer aus, das in kurzer Zeit fünf große, mit Rohr gedeckte Wirtschaftsgebäude vollständig zerstörte. Das Feuer war in einer Scheune entstanden und griff mit großer Schnelligkeit um sich. Verbrannt sind ein großer Teil der Ernte des 1600 Morgen großen Gutes, etwa 200 Schafe und viel Geflügel.

Biermaßbark rammt Anglerboot.

Kiel. Die für amerikanische Rechnung auf der Germania werft gebaute Biermaßbark „Husar“ ging zur Übernahmeprobefahrt in See. Auf der Höhe von Friedrichsort rammt sie ein Boot mit zwei Anglern, obwohl diese Warnungssignale gegeben hatten. Die Angler stürzten ins Wasser. Während einer von ihnen durch einen Motorsegler gerettet werden konnte, erkrankt sein Begleiter. An Bord der „Husar“ war der Vorfahr anscheinend nicht bemerkt worden, denn sie setzte ihre Fahrt fort.

Tribüneneinsturz bei einem Stierkampf.

Madrid. Bei einem Stierkampf in einem Dorfe bei Saragossa stürzte eine provisorische Holztribüne ein und begrub zahlreiche Zuschauer unter sich. Eine Person wurde getötet, 30 Zuschauer wurden verletzt, viele von ihnen schwer.

Rechtsanwalt Stillschweig meldet sich.

Breslau. Der verschwundene Rechtsanwalt Stillschweig hat der Breslauer Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß er in zwei Tagen zurückkehren werde. Er will eine Reise unternehmen haben, um sich Geld zur Abdeckung seiner Verpflichtungen zu verschaffen.

Selbstmord zweier Freundinnen im Bodensee.

Friedrichshafen. Auf dem Bodensee wurde ein leertreibendes Ruderboot aufgefunden, das von zwei Mädchen aus Stuttgart in Lindau gemietet worden war. In dem Boot fand man die Handtaschen vor, ebenso die Ruder. Man nimmt an, daß die beiden Mädchen gemeinsam in den Tod gegangen sind. Gründe für einen Selbstmord sind nicht bekannt.

Weiterflug der „Do. X“.

New York. Nach einer Meldung aus Charleston (Südkarolina) ist das deutsche Flugboot „Do. X“ zum Weiterflug aufgestiegen. Kurz vor dem Abflug des „Do. X“ wurden zwei blinde Passagiere an Bord des Flugbootes entdeckt, die sich im Schwanzende verborgen hatten. Beide wurden an Land geschafft. Nach einem Fluge entlang der Küste landete das Flugboot in Norfolk im Staate Virginia.

Börse und Handel.

Antliche Berliner Notierungen vom 26. August.

* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 20,45—20,49; holl. Gulden 169,78—170,12; Danz. 81,77—81,93; franz. Fran. 16,49—16,53; Schweiz. 81,94—82,10; Belg. 58,68—58,80; Italien 22,03—22,07; schwed. Krone 112,54—112,76; dän. 112,49—112,71; norweg. 112,49—112,71; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 59,18—59,30; Argentinien 1,173—1,177; Spanien 37,36—37,44.

* Produktbörse. Bei ausreichendem Angebot war die Haltung im Produktverkehr allgemein gut stetig. Weizen ist vielfach angeboten und nicht immer leicht zu verkaufen. Im Lieferungsverkehr war die Haltung eher fester. Dezemberweizen zeigte gegenüber Oktober Aufgeld. Roggen wird von Provinzmühlen zur Erfüllung geschlossener Kontrakte vielfach aufgenommen, obgleich das Roggenmehlgeschäft neuerlich stoch. Industrieerträge gestiegen, Braumware vernachlässigt. Hafer in minderer Qualität prompter Abladung schwer veräußlich; Lieferung fester. Mehl auch zu nachgebenden Preisen nur schwer zu verkaufen.

Wetterausichten.

30. Aug.: Veränderlich, tags angenehm, Wind.
31. Aug.: Sonne, Wolken, stellenweise Regen, gewitterig, warm, später kühl.
1. Sept.: Wolken, Sonne, meist trocken, ziemlich warm, Wind.
2. Sept.: Wolken, teils Sonne, Regenfälle, ziemlich kühl, Wind.
3. Sept.: Heiter, Wolken, tags warm, manchorts gewitterhaft.
4. Sept.: Sonne, Wolken, tags angenehm, vielorts Regen.
5. Sept.: Sonne, Wolkenzug, ziemlich warm, nachts kühl.

Schriftleitung: Wth. Bell jr., Halber i. Westf.

Turnverein „Jahn“ e. V.
Kierspe-Bahnhof.

Stiftungsfest

verbunden mit Reichsjugendwettkämpfen
der Gemeinde Kierspe

am Sonntag, den 30. August 1931,
auf dem Turnplatz, vormittags 8½ Uhr

Faustballwettkämpfe

Eiberfeld, Ronsdorf, Meinerzhagen,
Hagen 72, Jahn Kierspe-Bahnhof.

Nachm. 1,00 Uhr Kampfrichter-Sitzung.

„ 1,30 Uhr Abmarsch ab Vereins-

„ 2,00 Uhr Wettkämpfe, Sonder-

„ Vorführungen

Handballkampf:

Meinerzhagen 1. — Jahn Kierspe-Bhf. 1.

Eintrittspreise: vorm. 0,30 Mk.,

nachm. 0,30 Mk., Tageskarte 0,50 Mk.

Es ladet ein: Der Vorstand.

Strandbad Herpine.

Der Arbeitsausschuß ladet hiermit zu einer

öffentlichen Versammlung

für Samstag, den 29. Aug., abds. 8½ Uhr

in den Saal des Hauses zur Fuhr ein.

Tagesordnung: Endgültige Beschluß-

fassung über d. Errichtung d. Strandbades.

Stellen-Anzeigen

für den

Personal-Anzeiger

des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle Halber

Kirchstr. 5, ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die klei-

nen Anzeigen bei uns abzugeben und

die Gebühren zu entrichten. Die Anzei-

genpreise des „Daheim“ sind im Ver-

gleich zur hohen, über ganz Deutschland

gehenden Auflage und der zuverlässigen

Inseratwirkung niedrig; sie betragen

gegenwärtig nur 10 Pf. für die Zeile

(= 7 Silben) bei Stellenangeboten und

nur 75 Pf. bei Stellengesuchen — Wir

empfehlen, die Anzeigen frühzeitig

aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des

Allg. Anzeiger, Halber.

Zwangsversteigerung.

Freitag, d. 28. Aug. 31

13 Uhr werde ich

in Halber im Hotel zur Post

1 Singer-Nähmaschine

öffentlich meistbietend

gegen sofortige Bar-

zahlung versteigern.

Barthel

Gerechtsvollzieher.

Turnverein Kierspe

e. B. 1879.

Donnerstag abds. 8½ Uhr

Spielerziehung

im Jugendheim.

Freitag abds. 8-9 Uhr

Turnen der Männer-

und Jugendabteilung

Anschließend 9 Uhr

Borturnerziehung

im Vereinslokal.

Der Oberturnwart.

I. B. „Jahn“ e. V.

Kierspe-Bhf.

Zum bevorstehenden

Stiftungsfest

leben am Freitag, 28. Aug. cr.,

abends 8½ Uhr sämt-

licher Abteilungen.

Samstag nachm. ab 2 Uhr

Arbeitsdienst

aller Mitglieder.

Der Oberturnwart.

A u f e

jedes Quantum

Wal d- u n d

Preißelbeeren

zahl 18 Pfg. p. Pfd.

Otto Meisterjahn,

Kierspe, Tel. 218.

Günstige Gelegenheit!

Einige gut erhaltene

gebrauchte

Pianos

sehr preiswert, auch

gegen Teilzahlung ab-

zugeben.

Carl Schmitt,

Hagen i. W.,

Hofplanfabrik.

Sparen muß man
jeden Heller,



Du tust's
halt Du Union im Keller.

Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Gewinnauszug

5. Klasse 37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne

gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer

in den beiden Abteilungen I und II

15. Ziehungstag 26. August 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.

gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 93216

6 Gewinne zu 3000 M. 29934 65822 316169

50 Gewinne zu 2000 M. 27728 36851 63151 70274 89617 98857

10.479 104668 111075 137031 198856 202159 211583 217566 222830

238974 268189 275334 299464 304680 316358 317916 337108 347495

365571

100 Gewinne zu 1000 M. 16836 17029 23722 32677 40816 72820

77962 84288 105372 115848 124759 132398 135381 143070 147096

147666 183743 190755 208287 211316 212117 222564 227634 233180

239021 241662 243869 256346 259868 269314 271650 273681 283325

284584 289891 290294 292547 310736 313728 316962 330182 337031

338755 340521 346017 353797 372115 373958 380232 395023

202 Gewinne zu 500 M. 334 673 4464 4715 8353 10088 11233 12729

18168 19087 22241 46669 53132 56334 56704 57495 57621 60076

71923 74971 76147 78853 81072 82042 80714 82155 92220 93862

94393 99712 102831 105650 107344 111454 116183 117517 124542

124880 125636 133099 134005 139117 140493 144140 145101 155741

156138 157499 161260 163505 168255 173614 174037 174259 177502

177571 192530 195836 203992 207255 207531 211081 211829 214421

214500 218867 233027 233481 235852 236387 255110 269919 286992

291120 293587 295190 297258 297452 297605 303772 311256 314632

317790 330606 330842 335487 335874 344329 344889 345525 346829

352212 357676 373651 380702 382472 384755 395265 396923 399253

394414

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.

gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 39333

4 Gewinne zu 5000 M. 21397 282976

22 Gewinne zu 3000 M. 33306 47669 94234 108250 112388 137318

176954 248873 292877 367217 370443

54 Gewinne zu 2000 M. 3348 22832 33451 41557 45578 52888 73399

82499 110305 129256 131976 155447 159404 211303 230223 240846

252116 258954 272973 273999 301882 306379 326943 335193 337532

361540 379956

94 Gewinne zu 1000 M. 51 108 10681 14520 34883 36898 44305

60495 74490 78113 89191 93669 93756 138517 139922 139986

145181 148841 149348 153839 154393 160398 170488 175499 184742

202801 222902 231253 242887 253220 254901 260248 291701 304763

317025 321203 331628 343563 345872 347891 357845 359487 362732

373599 379384 381207 399215

162 Gewinne zu 500 M. 860 1904 20708 23483 23873 27991 31017

34141 46865 59915 60472 62516 63517 65262 67709 74494 75490

78554 81370 81455 86329 96546 97814 100755 101108 105568 11366

113005 119821 121497 128118 130094 130312 131753 137583 145131

145949 147844 151731 156327 163124 164817 168177 169501 170406

176490 189518 196982 197119 216840 228019 229441 247604 250337

253899 268465 260092 266558 268570 276056 286900 287445 304587

307092 310216 310980 321541 325307 327221 330738 333602 335582

336681 341213 345045 358295 368545 375443 382442 387033 395789

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne

zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 75000,

4 zu je 50000, 16 zu je 25000, 103 zu je 10000, 242 zu je 5000,

472 zu je 3000, 1392 zu je 2000, 2788 zu je 1000, 4492 zu

je 500, 13706 zu je 400 Mark.

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, den 28. August.

- 6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenzert.
8,00 Zeitangabe und Wiederholung der
Wettervorhersage.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde
Brenius.
10,30 Erste Meldungen, amtliche Wasserstands-
meldungen, Zeitangabe.
10,40—11,25 Schallplattenkonzert (Grammophon-
platten „Die Stimme meines Herrn“).
11,30—12,30 Uebertragung vom Mitteldeutschen
Rundfunk, Leipzig: Goethe-Fest in
Altenau unter Mitwirkung des Tho-
manerchors, Leipzig. Festrede: Professor
Hans Wahl.
12,30 Schallplattenkonzert (Grammophonplat-
ten „Die Stimme meines Herrn“).
12,50 Wetterbericht.
12,55 Rauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen
und Zeitangabe.
13,05—14,30 Uebertragung aus dem Garten